



Schmidt, Manfred G. (2010).

Politik. In: Wörterbuch zur Politik; S. 604-606.

Politik (von griech. *polites* = Bürger der → Polis, *ta politika* = das Öffentliche, Gemeinschaftliche, alle Bürger Betreffende und Verpflichtende und *politike technē* = Kunst der Führung und Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten), ursprünglich Bezeichnung für das öffentliche Leben der stimmberechtigten Bürger eines Gemeinwesens, des → Demos, für die auf Ordnung und Führung dieses Gemeinwesens im Innern und in seiner Beziehung zu anderen Staaten gerichteten Bestrebungen und die → Institutionen der Willensbildung und Entscheidungsfindung über öffentliche Angelegenheiten. Die griechischen Bezeichnungen für P. im Sinne von »freie Bürger«, »das Öffentliche« und »Kunst der Staatslenkung« sind über Latinisierung und Gelehrtensprache in die meisten modernen indogermanischen Sprachen eingegangen. Beispiele sind das englische *politics*, das den prozessualen Aspekt von Politik hervorhebt (→ Politics), *polity*, d.h. die institutionelle Ordnung, die Form der Politik (→ Politie), und *policy*, das ähnlich dem älteren deutschen Begriff *Polizey* die innere Verwaltung eines Gemeinwesens und den Inhalt von

litischer Entscheidungen bezeichnet (→ Policy). – In der modernen Politikwissenschaft unterscheidet man in enger Anlehnung an die im Englischen besonders klar hervortretende Dreifachgliederung des Politischen zwischen Prozess, Form und Inhalt von P. Aus diesem Blickwinkel kann P. definiert werden als die institutionellen, prozessualen und entscheidungsinhaltlichen Dimensionen des »Strebens nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung« (M. Weber), der »Werbung von Bundesgenossen und von freiwilliger Gefolgschaft« (M. Weber; → Macht) und des sozialen (d.h. zweckhaft auf das Tun und Lassen anderer bezogenen) Handelns, das darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über begehrte Werte und Güter in der Innen- und Außenpolitik sowie in den internationalen Beziehungen verbindlich zu regeln. – Das Verständnis von P. variiert von Kultur zu Kultur. Dass P. überhaupt eigenständig zum Zuge kommt, setzt voraus, dass die Götter die Spindel aus der Hand gegeben und den Menschen die Führung der Weltgeschäfte überlassen haben (Platon), dass also die Säkularisierung schon beträchtlich vorangekommen ist. War im antiken Griechenland, insb. seit dem 7. Jahrhundert v. Chr., der Politikbegriff auf einen enger begrenzten Bereich öffentlicher Angelegenheiten der freien, waffenfähigen griechischen Bürger der → Polis bezogen, so wurde mit zunehmender wirtschaftli-

cher → Entwicklung, sozialer → Differenzierung, politischer Mobilisierung und staatlicher → Daseinsvorsorge der öffentliche Bereich in sachlicher und gesellschaftlicher Hinsicht nicht nur größer, sondern auch als eigenständiger Bereich ausdifferenziert und in zunehmendem Maße damit betraut, jene wachsende Möglichkeiten zu verwerten, zu verwalten und zu verteilen, die sich durch soziale, technische und wissenschaftliche Erfindungen eröffneten. In den modernen Industrieländern z.B. umfasst P. nunmehr die politische Ordnung und ihre mannigfachen Verflechtungen mit der Gesellschaft und der Wirtschaft und erreicht nahezu die gesamte Wohnbevölkerung. – Kulturspezifisch sind auch die Auffassungen vom Inhalt der P. In Deutschland z.B. ist ein Verständnis von P. verbreitet, das den → Staat, die Sachrationalität und die Herstellung und Verteilung von Kollektivgütern (→ Öffentliches Gut) betont

und Anliegen sozialer Sicherheit in besonderem Maße prämiert. Im angloamerikanischen Sprachraum hingegen ist eine Sichtweise von P. stärker verwurzelt, die weniger die staatliche als vielmehr die gesellschaftliche → Rationalität betont und P. vor allem prozessual als Feld von Macht- und Interessenkämpfen individueller und kollektiver Akteure begreift. Auch die Rechtfertigung politischen Handelns und politischer → Herrschaft ist von Kultur zu Kultur verschieden. Bis zur Aufklärung spielte die gottesherrschaftliche oder von der Gottesherrschaft abgeleitete Legitimierung politischen Handelns (z.B. die Lehre vom Gottesgnadentum) eine bedeutende Rolle. Mit dem Aufkommen der neuzeitlichen → Vertragstheorien und der Lehre von der → Volkssouveränität setzten sich jedoch allmählich rationale, weltimmanente Begründungen politischer Herrschaft durch. Vor allem in den demokratischen → Verfassungsstaaten wird P. nicht nur im Sinne der älteren praktischen Philosophie als Streben nach dem guten Regieren verstanden, sondern auch in ihrer Prozesshaftigkeit und unter Berücksichtigung der → Staatstätigkeit erfasst. So hat F. W. Scharpf die wichtigste Aufgabe der P. in modernen politischen Systemen in der »Auswahl und Legitimation von Programmen« verortet, »die

mittels der Ressourcen des Gemeinwesens Ziele verfolgen und Probleme bearbeiten sollen, die weder durch individuelles Handeln noch durch Markttransaktionen oder freiwillige Kooperation bewältigt werden könnten.« – Im Alltagsverständnis und in der Wissenschaft werden wert- und zweckrationale Politikbegriffe verwendet (→ Wertrationalität, → Zweckrationalität). Im wertrationalen Verständnis von P., das vor allem in der praktischen Philosophie der altgriechischen Denker begründet wurde, wird die Vermehrung von Wissen über das Vorfindliche mit dem verknüpft, was sein soll, vor allem mit Handlungsanweisungen für Regierende und Regierte. Im Gegensatz hierzu betont ein neuzeitliches Verständnis von P., das vor allem auf die von N. Machiavelli entwickelte Lehre zurückzuführen ist, ein Zweck-, Mittel- und Erfolgs-Denken, das sich meist nicht um Belange des Gemeinwohls schert (→ Machiavellismus) oder, in Umkehrung des berühmten Satzes von Clausewitz, die P. als Fortsetzung des

Krieges mit anderen Mitteln begreift. Hinzu tritt später – vor allem bei M. Weber und in der → Ökonomischen Theorie der Politik – ein prozessuales Politikverständnis, dessen Grundform von M. Weber mit der Gleichung »Politik ist: Kampf« beschrieben wurde. Einer weiteren Schule gilt P. vorrangig »als Vorgang der gesellschaftlichen Veränderung und als diejenige Art Tätigkeit, welche diesen Vorgang auslöst, fördert und antreibt«, so die Formulierung von D. Sternberger für ein von ihm abgelehntes aktivistisches Politikverständnis. In der neueren Politikwissenschaft tritt zu den älteren Politikbegriffen ein problemorientiertes Verständnis von P. hinzu. Ihm gilt P. als Handeln, das auf die Bewältigung fundamentaler Ordnungs- und Koordinationsprobleme in und zwischen komplexen Gesellschaftssystemen bei nicht voraussetzendem Konsens gerichtet ist (so insb. die neuere politikwissenschaftliche Staats- und Verbandtheorie), bei Konflikten zwischen einer Vielzahl von Interessen, so insb. die Theorie des → Pluralismus, bei Spaltung der Gesellschaft in antagonistische soziale Klassen, so insb. die marxistische Analyse des → Kapitalismus, oder bei Vorhandensein der »Freund-Feind-Unterschei-

dung«, »der spezifischen politischen Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen«, so C. Schmitts Begriff des Politischen. – Fragen der normativ-analytischen Bewertung von P. werden vor allem in der → Politischen Ideengeschichte, der → Politischen Theorie und der → Politischen Philosophie und – in Verbindung mit empirisch-analytischer Beobachtung – in der Lehre von der → Politischen Produktivität erörtert. – Die P. ist der zentrale Untersuchungsgegenstand der → Politikwissenschaft.

L: H. Adam, Bausteine der P. (2007); Aristoteles, P., übers. v. E. Rolfes (1990); K. W. Deutsch, Politics and Government (1980); I. Fetscher/H. Münkler (Hg.), Pipers Handbuch der politischen Ideen, 5 Bde. (1985–93); T. Meyer, Was ist P.? (2009); D. Nohlen (Hg.), Lexikon der P., 7 Bde. (1992–98); K. Rohe, P.: Begriffe und Wirklichkeiten (2019); F. W. Scharpf, Interaktionsformen (2000); C. Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus (1923); V. Sellin, P., in: Geschichtl. Grundbegriffe, Bd. 3 (1978); D. Sternberger, Drei Wurzeln der P. (1978); M. Weber, Ges. Pol. Schriften (1988, E. A. 1921).